

# Malediven im Überblick

zusammengestellt von Peter Lanzet

## Zeitenwende auf den Malediven

Am 28.9.2018 wählten die Bürgerinnen und Bürger einen neuen Präsidenten. Auf den Malediven wird der Präsident im ersten Wahlgang mit absoluter Mehrheit oder in einer Stichwahl mit einfacher Mehrheit gewählt. Die Amtszeit des vorherigen Präsidenten Abdulla Yameen war durch die Machtkonzentration in der Hand des Präsidenten gekennzeichnet. Die Schaltstellen von Politik und Exekutive ersetzte er durch Gefolgsleute. Korruption, Nepotismus, Einschränkung der Presse- und Meinungsfreiheit und Menschenrechtsverletzungen hatten erheblich zugenommen. Zuletzt hatte er sogar Richter des Obersten Gerichtshofes und den Generalstaatsanwalt unter Terrorverdacht einsperren lassen. Seinen Wahlkampf führte er mit Versprechungen für ein starkes Wirtschaftswachstum, große Infrastrukturprojekte und eine engere außen-, finanz- und handelspolitische Anbindung an China. Seine Betonung von Religion und Tradition zielte auf die Stimmen islamisch orientierter Wählerinnen und Wähler. Er versprach Häuser für alle und erließ Bußgelder für Verkehrsvergehen und nicht gezahlte Strom- und Wasserrechnungen. Einige Hundert Kriminelle wurden freigelassen. Er berief seine Unterstützer in die Leitung der nationalen Wahlkommission. Die Polizei durchsuchte nur Tage vor der Wahl die Parteizentrale der wichtigsten Oppositionspartei, der Demokratischen Partei der Malediven (MDP). Gerüchte über die Verteilung von Geldern zwecks Stimmenkauf wurden gestreut. Die Teilnahme internationaler Wahlbeobachter (etwa von EU-Beobachtern) wurde teilweise vereitelt. Visa für die Berichterstattenden ausländischer Medien über die Wahlen wurden nur selektiv ausgestellt. Dem Berichtersteller der ARD etwa wurde die Akkreditierung verweigert.

## Wahlausgang

Völlig unerwartet verlor Abdulla Yameen die Wahl gegen Ibrahim Solih von der MDP, den gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten einer Koalition von Oppositionsparteien. Yameen konnte nur mit Mühe dazu bewegt werden, die Macht friedlich abzugeben. Das Oppositionsbündnis war mit einem Wahlprogramm angetreten, das soziale und politische Reformen, ambitionierte Entwicklungsvorhaben und den Kampf gegen die Korruption zum Schwerpunkt künftiger Regierungsarbeit erklärte. Das Bündnis will eine Abkehr von

der Politik der Konzentration der Bevölkerung sowie der Investitionen auf die Hauptinsel Male, vielmehr will es die Dezentralisierung der politischen Beteiligung sowie eine *India First*-Außenpolitik, also eine Rückkehr zu den ehemals engen Beziehungen zu Indien auf allen Ebenen, auch der militärischen.

Ibrahim Solih war lange Abgeordneter der MDP und einer ihrer Anführer. Sein Wahlsieg (58 Prozent der Stimmen im ersten Wahlgang) überraschte umso mehr, als er anstelle des gesetzten Präsidentschaftskandidaten der MDP, des früheren Präsidenten Mohamed Nasheed, kandidierte. Mohamed Nasheed war wegen seiner Verurteilung zu 13 Jahren Gefängnis aufgrund falscher Anschuldigungen von der Wahlkommission nicht als Kandidat zugelassen worden. Am 17.11.2018 wurde Ibrahim Solih als siebter Präsident der Malediven vereidigt. Er ist der dritte demokratisch gewählte Präsident der Malediven seit Mohamed Nasheeds Sieg über Maumoon Abdul Gayoom in 2008, wodurch dessen 30-jährige Diktatur beendet wurde.

## Erwartungen an die neue Regierung

Die demokratischen Kräfte des Landes erwarten von der Wahl Ibrahim Solih vor allem die Wiederherstellung der Glaubwürdigkeit der Justiz, der Polizei, der Medien, des Parlaments, des Rechnungshofes und der Zentralbank, deren Unabhängigkeit der bisherige Präsident ignoriert hatte. Sein Machtmissbrauch soll untersucht werden. Ferner erwarten sie die Aufklärung und Bestrafung im Zusammenhang mit der ausufernden Korruption, insbesondere auch der Bereicherung an den Staatskassen und den touristischen Ressourcen des Landes durch Unternehmen und Amtsträger. Zu diesem Zweck wurden im Frühjahr 2019 im Auftrag des Parlaments und der Regierung zwei Kommissionen zusammengestellt, die mit exekutiven Befugnissen ausgestattet die bisherige Korruption und die Menschenrechtsverletzungen aufklären und die Verantwortlichen der Justiz zuführen sollen. Das Vorhaben muss noch den Widerstand einzelner Abgeordneter der Koalitionsparteien überwinden, die auch eine Untersuchung ihrer früheren Aktivitäten fürchten. Um der Korruption in Staat und Gesellschaft künftig besser begegnen zu können, richtet die neue Regierung ein anonymes Internetportal ein, auf dem *Whistleblower* wichtige Informationen ohne Gefahr für sich selbst hinterlegen können, damit die Justiz sie verfolgen kann.

## Hauptproblem Staatsschulden

Die baldige Rückführung des hohen Schuldenstandes gegenüber China ist ein besonders wichtiges Ziel der neuen Regierung. Man fürchtet einen Souveränitätsverlust, wenn sich – wie etwa in Sri Lanka geschehen – China bei einem möglichen Rückzahlungsausfall einen maledivischen Hafen oder eine Insel im Rahmen einer Dauerpacht aneignen würde. Allerdings erweist es sich gerade als Herausforderung für das Finanzministerium des Landes, die genaue Höhe der Schuldverpflichtungen gegenüber China und chinesischen Firmen festzustellen. Nicht nur hat die maledivische Regierung chinesische Staatskredite in erheblichem Umfang, sondern auch maledivische Firmen haben Kredite in Höhe von 1,36 Milliarden USD bei chinesischen Banken aufgenommen, die mit Sicherheiten der maledivischen Staatsbank verbrieft sind. Nach Schätzungen belaufen sich die Gesamtschulden alleine bei China auf rund 3 Milliarden USD – andere Auslandsschulden und Verbindlichkeiten gegenüber den Anleihemärkten nicht eingerechnet.

## Geopolitische Reorientierung

Die demokratischen Kräfte fühlen sich sicherer mit der traditionellen Anbindung an Indien. Indien hat die Zunahme des chinesischen Engagements auf den Malediven in den vergangenen fünf Jahren mit großer Sorge um seinen Einfluss im Indischen Ozean verfolgt, ohne aber über diplomatischen Druck hinaus aktiv zu werden. Außer mahnender Worte etwa im Zusammenhang mit der Einrichtung eines Meeresobservatoriums in der Nähe der internationalen Schifffahrtsroute auf einem der nördlichsten Atolle des Landes oder mit dem Bau chinesischer Touristenressorts oder bei der Auftragsvergabe für große Infrastrukturprojekte (Neuer Flughafen, Meeresbrücke zwischen Male und Hulhumale oder Urbanisierung mit 17.000 Wohnungen) und zugehörige Kreditvereinbarungen zwischen China und den Malediven hat die indische Regierung keine offiziellen Reaktionen erkennen lassen. Die Unterzeichnung eines chinesisch-maledivischen Freihandelsabkommens im Dezember 2017 fand international große Aufmerksamkeit, auch in Indien, führte aber ebenso wenig zu einer deutlichen indischen Reaktion.

Die Regierung in New Delhi blieb auch dann noch bei ihrer abwartenden Haltung, als der ehemalige Präsident Mohamed Yasheed (2008-2012) Indien zu einer militärischen Invasion zur Rettung der Demokratie aufforderte, als Präsident Abdulla Yameen im Februar 2018 den Ausnahmezustand ausgerufen und das Parlament von Militär hatte umstellen lassen. Die Chefs aller

vier Oppositionsparteien waren bereits unter falschen Anschuldigungen im Gefängnis.

Insofern stellt der Ausgang dieser Wahl auch für die Regierung Indiens eine große Erleichterung dar. Premierminister Narendra Modi hatte die Malediven lange gemieden. Als einziger ausländischer Staatschef reiste er nun zur Amtseinführung Ibrahim Solih's nach Male. Präsident Solih erwiderte diesen Besuch am 17.12.2018 und brachte die indische Zusage für eine Kreditlinie und Haushaltsunterstützung von bis zu 1,4 Milliarden Dollar sowie Kooperationsvereinbarungen in den Bereichen Handel, Gesundheit und Verteidigung mit nach Hause. Indiens größte Sorge, China werde die Errichtung eines Außenpostens auf einem maledivischen Atoll erlaubt werden, ist vorerst vom Tisch. Die begonnenen Infrastruktur- und Bauprojekte unter chinesischer Bauleitung- und Finanzierung sollen jedoch fertiggestellt werden.

Das maledivisch-chinesische Freihandelsabkommen ist zwar vom Parlament ratifiziert, aber noch nicht in maledivisches Recht umgesetzt worden. In den ersten acht Monaten des Jahres 2018 importierten die Malediven aus China Waren und Dienstleistungen (landwirtschaftliche Produkte, Fleisch, Elektronik und Spielzeug) in Höhe von 342 Millionen USD und exportierten dorthin 265 Millionen, hauptsächlich touristische Dienstleistungen und Fisch. Gleichzeitig importierten die Malediven aus Indien Waren und Dienstleistungen in Höhe von 194 Millionen USD und exportierten dorthin nur Waren in Höhe von 1,8 Millionen. Die neue Regierung würde sich gerne von dem chinesischen Freihandelsabkommen befreien, weil es als ungleich und einseitig angesehen wird. Die Malediven haben dem chinesischen Markt außer Tourismus und Fisch wenig anzubieten.

## Wiedereintritt in das Commonwealth

Fast zeitgleich zum Staatsbesuch in Indien haben die Malediven um die Wiederaufnahme in das Commonwealth gebeten. Dass die Malediven bald wieder ein Mitglied des Commonwealth sein werden, steht zu erwarten, zumal das Anliegen von Indien unterstützt wird und von Seiten anderer Mitglieder kein Einspruch zu erwarten steht.

## Sozialpolitische Reformen

Die 13.700 Beamtinnen und 24.600 Beamten des Staates werden künftig sechs Monate Mutterschaftsurlaub und Kindergeld sowie einen Monat Vaterschaftsurlaub beanspruchen können. Der Präsident will den Anteil von Frauen und Männern (39 Prozent / 61 Prozent) in staat-

lichen Führungspositionen angleichen und im Rahmen der Dezentralisierungspolitik ein Quorum für Frauen in den Atoll-Räten einführen. Ferner sollen 20 Prozent aller staatlich vergebenen Business-Kredite an Frauen und junge Leute vergeben werden. Die 8000 Studenten an den zwei staatlichen Universitäten und verschiedenen privaten Hochschulen sollen künftig keine Kurskosten für ihre erste Ausbildung mehr zahlen müssen. Die Ticketkosten für Binnenflüge der nationalen Fluglinie *Maldivian* wurden – ein weiteres Wahlkampfversprechen – ab Januar 2019 um bis zu 30 Prozent gesenkt.

Teil des Wahlkampfprogramms des neuen Präsidenten war das Anliegen, den bisher schwergängigen Geldkreislauf zwischen Aufkäufern und Großhändlern von Fisch und ihren Lieferanten, den Eigentümern von Trawlern sowie den auf ihnen arbeitenden Fischern zu verbessern. Fischer müssen lange auf ihre Entlohnung warten, Unternehmer sind stark auf Warenkredite angewiesen. Daher wurde die Einrichtung von Konten der Trawler-Eigentümer bei den Banken beschlossen, denen ihre Aufkäufer sofort nach dem Erwerb des Fangs den ausstehenden Preis zu überweisen haben. Die Trawler-Eigentümer erhalten Bankkarten, die an allen Geldautomaten sowie für den Online-Geldtransfer, auch ins Ausland, verwendet werden können. Sie können damit Löhne auszahlen, Betriebsstoffe für ihre Schiffe kaufen und Privatentnahmen vornehmen.

### Parlamentswahl im April 2019

19 Atoll- und 2 städtische Wahlkreise wählen am 6.4.2019 das 85-köpfige Parlament neu. Es hat unter anderem Budgethoheit, berät und beschließt Gesetze und bestätigt den Generalstaatsanwalt, die Richter des Obersten Gerichts und den Chef des Rechnungshofes. Die Majoritätsfraktion stellt den Sprecher des Parlaments, der dessen Tagesordnung bestimmt. Die maledivische Verfassungsdebatte beklagt die schwache Ausprägung der Machtteilungsvorgaben in der Verfassung. Parteienkoalitionen haben sich als wenig haltbar erwiesen.

Die Koalition der Oppositionsparteien hat sich unter anderem auf ein Programm der gläsernen Abgeordneten geeinigt. Entsprechend veröffentlichten die Abgeordneten der MDP, zuvorderst ihr Parteichef und früherer Staatspräsident Mohamad Nasheed, ihre Finanzverhältnisse. Ein einmaliges und erstmaliges Ereignis in den Malediven! Kritiker verlangen allerdings, dass auch die Finanzverhältnisse der Familienmitglieder offengelegt werden, damit Vermögen nicht versteckt wird.

Der Oberste Gerichtshof hat in einer Eilentscheidung

der nationalen Wahlkommission vorgegeben, nicht nur die von den Parteien in Primärwahlen identifizierten Parteikandidaten für die Parlamentswahl zuzulassen, sondern auch parteilose Kandidaten. Es bewerben sich nun 360 Kandidaten und 35 Kandidatinnen (!) in 21 Wahlkreisen um die 85 Parlamentssitze. Anders als bisher werden außerdem diejenigen Wahlzettel ungültig, auf denen mehr als ein Kreuz bei einem Kandidaten eingetragen ist. Diese neue Bestimmung soll künftig verhindern, dass Zeichen und Symbole auf Wahlzetteln als Ausführungsbestätigung im Zusammenhang mit Stimmenkauf genutzt werden. Die Fortschrittspartei der Malediven, deren Chef und bisheriger Staatspräsident Abdulla Yameen sich in Untersuchungshaft befindet, wollte bis zur Entscheidung des Gerichts über seinen Fall die Parlamentswahl verschieben lassen. Der Oberste Gerichtshof hat dieses Ansinnen abgelehnt.

### Wirtschaftliche Perspektiven

Das Steueraufkommen im Januar und Februar 2019 ist um circa 80 Millionen USD höher als im Vorjahreszeitraum, das Touristenaufkommen ist um 6,5 Prozent angestiegen. Das erwartete Wirtschaftswachstum der Malediven 2019 soll ebenfalls bei 6,5 Prozent liegen. Der IWF trübte allerdings das Bild mit dem Hinweis auf ein wachsendes Staatsdefizit und exponentiell wachsende Staatsschulden. Die Experten bezeichnen die staatliche Besicherung privater chinesischer Kredite als das „wirkliche Problem“. Im Gegensatz zu den chinesischen Infrastrukturkrediten sind die kommerziellen Kredite und ihre Rückzahlungsbedingungen ungünstig für die Malediven. Bei Gesamtschulden etwa in der gleichen Höhe wie das Bruttoinlandsprodukt (2018: 4,9 Milliarden US-Dollar) und einer Bevölkerung von circa 460.000 ist das Land anfällig für wirtschaftliche Schocks wie rückläufiges Wirtschaftswachstum in China oder Europa (von wo die meisten Touristen kommen).

Die Tilgung der chinesischen Kredite beginnt 2020. Mittelfristig werden die Schulden steigen, prophezeit der IWF. Die gegenwärtig praktizierte Ausgabe von Staatsanleihen zur Finanzierung von Staatsdefiziten wird den kommenden Belastungen möglicherweise nicht standhalten. Der IWF empfiehlt die Einrichtung von Reservefonds und die Stärkung des staatlichen Vermögensfonds, der für die Ablösung von Schulden eingerichtet worden war. Wie immer in solchen Fällen empfiehlt er auch die Rückführung von Staats- und Sozialausgaben sowie die Integration der Finanzpolitik in langfristige Entwicklungsstrategien. Darüber hinaus riet er, die Wirtschaft für den Wettbewerb fit zu machen und bessere Bedingungen für Investitionen zu schaffen.